

## Schreckenszenario für »old industry«

Historiker behaupten, dass die sichersten Prognosen für die Vergangenheit abgegeben werden können. Nun gibt es aber ein Prognose-Unternehmen, das die Vorausschau im Namen führt: die Prognos AG. Dort wurde jüngst errechnet, dass bis Ende des kommenden Jahrzehnts, also bis 2030 rund »380.000 Arbeitsplätze verschwinden, wenn es in der Stahlindustrie zu einem exogenen Schock kommt«.

Prognos sieht nicht nur 87.000 Arbeitsplätze in der Stahlbranche gefährdet, sondern verweist in der Modellrechnung auf die besondere Rolle der Stahlunternehmen als Auftraggeber für Logistiker und Dienstleister, als Lieferanten für den Maschinen- und Fahrzeugbau sowie für die Elektroindustrie. Dort wäre massenhafter Personalabbau zu erwarten.

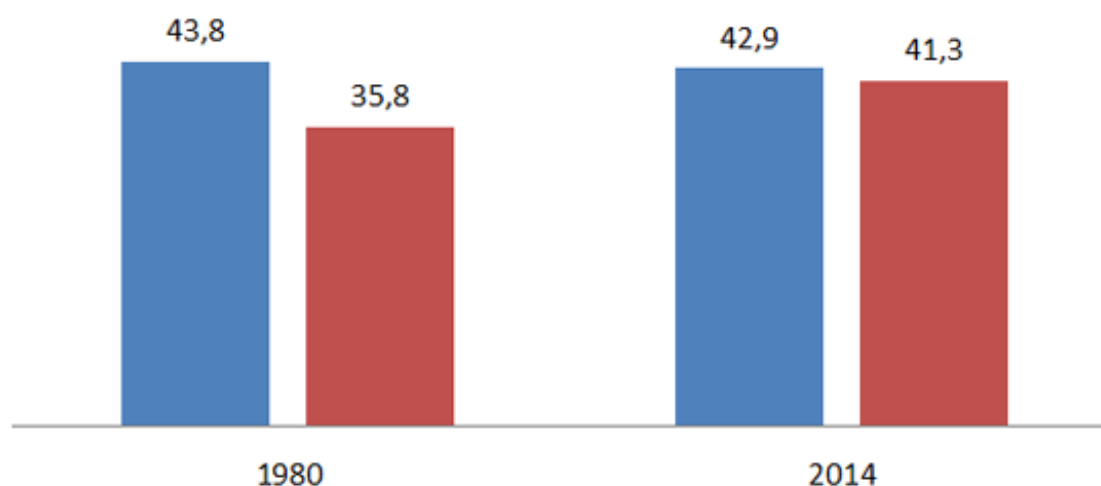
Ein »exogener Schock«, so wird orakelt, drohe durch die geplanten strengeren Regeln der EU-Kommission für den Handel mit Kohlendioxid-Verschmutzungsrechten. Die Kommission will nämlich durch die Verknappung des Angebots an CO<sub>2</sub>-Zertifikaten ab dem Jahr 2021 eine weitere Absenkung der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte durchsetzen. Für den Präsidenten der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Hans Jürgen Kerkhoff, Auftraggeber der Studie, sind das »existenzbedrohende« Pläne, denn damit würden der Stahlbranche ab 2021 Belastungen von durchschnittlich 1 Milliarde Euro pro Jahr, bis 2030 sogar von 1,6 Milliarden drohen.

Eine weitere alarmierende Meldung erreichte das Ruhrgebiet: Der indische Konzern Tata Steel erwäge einen Einstieg in die europäische Stahlsparte von ThyssenKrupp. Die Gespräche seien weit fortgeschritten. Während diese Spekulationen an der Börse für deutliche Kursanstiege der Stahlaktien sorgten, löste die Nachricht bei den Stahlarbeitern im Ruhrgebiet Existenzängste aus. Denn nur rund 200 Kilometer entfernt im niederländischen IJmuiden betreibt Tata eines der profitabelsten europäischen Stahlwerke — mit direkter Nordseeanbindung. Und in Großbritannien ist Tat Steel dabei, die Produktion einzustellen. Dass ThyssenKrupp-Chef Heinrich Hiesinger die Fusionsabsichten nicht bestätigen wollte, jedoch anmerkte, dass eine Konsolidierung der europäischen Stahlindustrie »ein möglicher Schritt nach vorne« sein könne, trägt zur Beruhigung der Belegschaften und der Gewerkschaft ganz und gar nicht bei, zumal weder Betriebsrat noch IG Metall in die bisherigen Gespräche eingebunden waren.

Die »aktuell kritische Situation« erhöhe den Druck auf alle Stahlhersteller, über Fusionen nachzudenken, hatte Hiesinger schon vor der Hauptversammlung des Konzerns Ende Januar betont. Grund genug, für die Stahlarbeiter um ihre Arbeitsplätze zu fürchten, würde doch eine Abtrennung des Stahlgeschäfts gut ins strategische Konzept des Konzern-Chefs und des schwedischen Finanzinvestors und Großaktionärs Cevian passen. Inzwischen spielt das einstige Kerngeschäft Stahl im Konzern eine untergeordnete Rolle. Es macht nur noch 30% des Umsatzes aus und ist anscheinend weniger profitabel als der Bau von Aufzügen, Rolltreppen, Fabrikanlagen oder Automobilzulieferteilen.

Woher kommen die Probleme? In der langen Frist ist die Rohstahlproduktion in Deutschland nur geringfügig zurückgegangen, bei Walzstahl ist sie hingegen zwischen 1980 (vor der großen Stahlkrise) und 2014 um 15% gestiegen (siehe Abb. 1). Auf Jahr gerechnet läuft beides auf Stagnation hinaus, aber Stagnation ist kein Einbruch.

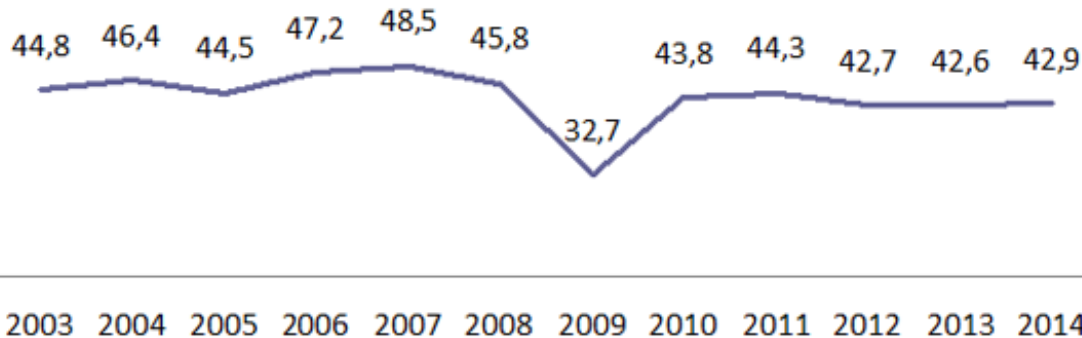
### Stahlproduktion in Deutschland (Mio. t) ■ Rohstahl ■ Walzstahl



Quelle:

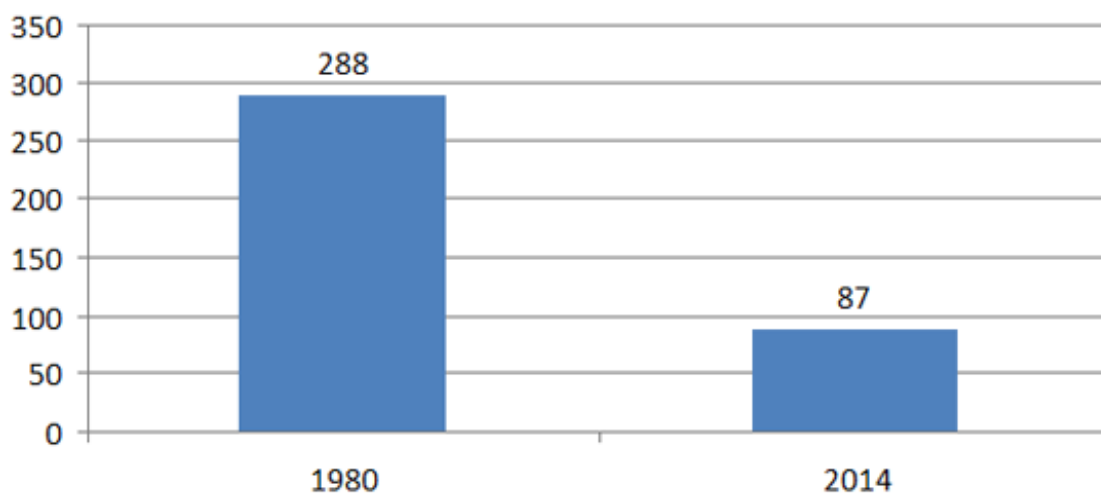
Auch in der mittleren Frist ist kein Schreckensszenario zu erkennen. Zwar schließt die Rohstahlproduktion nicht mehr an den Höchstwert vor der Großen Krise 2007 an, aber der Output von gut 42 Millionen Tonnen ist eher als Konsolidierungswert zu lesen (Abb. 2).

## Stagnation in der Stahlproduktion (Mio. t RSt)



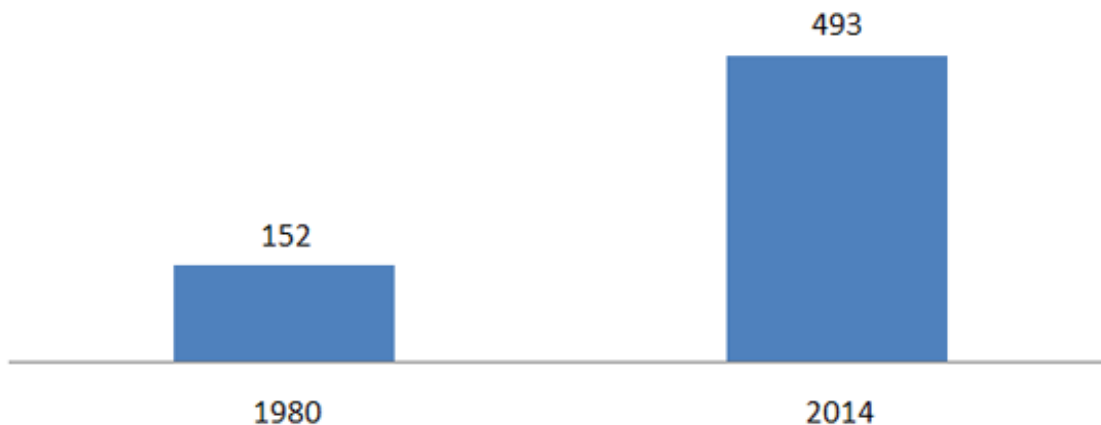
Eine weitere Kennziffer stimmt die Stahlindustriellen ausgesprochen positiv — lässt auf der anderen Seite jedoch die Ängste der Belegschaften verständlich werden. Nehmen wir hier noch einmal die Langfristperspektive: Danach ist seit 1980 die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Stahlindustrie um 70% heruntergefahren worden (Abb. 3) — umgerechnet ein Beschäftigungsabbau von zwei Prozent über eine ganze Generation von Stahlarbeitern!

## Beschäftigungsabbau in der deutschen Stahlindustrie (in Tsd.)



Und die Arbeitsproduktivität stieg um 225% (Abb. 4). Das entspricht einer Produktivitätssteigerung in der Rohstahlproduktion von über 6% pro Jahr — welche Branche kann über einen Gesamtzeitraum von dreieinhalb Jahrzehnten einen vergleichbaren Wert vorweisen?

## Produktivitätssprung in der deutschen Stahlindustrie (t RSt pro Beschäftigte)



An den Beschäftigten kann es also nicht liegen. Vielmehr mischen sich weltwirtschaftliche Strukturveränderungen mit Fehlern in den Unternehmensstrategien. Tatsächlich sind die Zuwachsraten der Stahlnachfrage in der OECD aufgrund der abgeschwächten, teilweise auch rückläufigen Konjunkturentwicklung in den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) gedämpft. Hinzu kommt, dass gerade in Europa viele dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen unterbleiben, weil das Dogma der Austeritätspolitik bis heute nicht gebrochen werden konnte, was ausbleibende Nachfrage zur Folge hat.

Doch die entscheidende Größe: Laut OECD hat sich die Kapazität der weltweiten Stahlindustrie seit Anfang der 2000er Jahre mehr als verdoppelt. Bei langfristig stagnierenden Absätzen wurden Überkapazitäten aufgebaut, was wiederum alle Stahlhersteller zu Exportoffensiven veranlasst hat. Deren Folge wiederum waren ruinöse Preiskonkurrenzen — die Marktpreise brachen um bis zu 40% ein. Die europäischen Produzenten plagt also nicht vorrangig ein »Tonnen«-Problem, sondern ein »Rendite«-Problem mit niedrigeren Profitraten aufgrund einer auf Expansion angelegten Unternehmenspolitik, die sich als falsch herausgestellt hat, wofür Belegschaften mit Beschäftigungsabbau »bluten«, obgleich sie für glänzende Produktivitätsfortschritte sorgen. So rutschte ThyssenKrupp in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres 2015/2016 wieder in die roten Zahlen. Mit einem dicken Minus schloss der Konkurrent Salzgitter das Jahr 2015 ab.

Das wird auch der IG Metall nicht entgangen sein. Umso irritierender ist, dass sie einer Engführung der Problemdimensionen folgt. Nicht vor allem strategische Managementfehler und fiskalische Austerität nimmt sie ins Visier, sondern die Konkurrenz aus China, wo mehr als die Hälfte des weltweiten Stahls hergestellt wird. Diese Ursachenzuweisung für die Krise im Stahlmarkt wird vorgenommen, obgleich die chinesische Regierung bereits deutlichen Kapazitätsabbau angekündigt hat, dem 500.000 Arbeitsplätzen in der chinesischen Stahlindustrie zum Opfer fallen sollen. In der Kohleindustrie sollen 1,3 Millionen Arbeitsplätze wegfallen.

»Dumping-Konkurrenz aus China, Wettbewerbsnachteile durch verschärften Emissionshandel: Die deutsche Stahlindustrie ist in ihrer Substanz bedroht«, hieß es in einem IG Metall-Flyer, mit dem Stahlbelegschaften und Teile der Bevölkerung in den Regionen für einen Stahlaktionstag am 11. April mobilisiert wurden. Wofür und mit wem kämpft die IG Metall? Ist es wirklich im Interesse der Stahlarbeiter, wenn gegen die vermeintliche Wettbewerbsverzerrung durch verschärften Emissionsrechtehandel demonstriert wird? Ist es wirklich angebracht, Seite an Seite mit Unternehmenseignern und dem Management gegen die »gelbe Gefahr«, sprich »Billigimporte« zu protestieren und »Schutzzölle« einzufordern?

Deutschland hat sich bis zum Jahr 2030 zu einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen, die die Klimakatastrophe mit vorantreiben, um 40% verpflichtet. Unbestritten ist, dass die deutsche Stahlindustrie in der Vergangenheit erhebliche technologische Maßnahmen ergriffen hat, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern. Es ist jedoch falsch, den Eindruck zu erwecken, als seien alle Möglichkeiten ausgereizt. Es spricht auch nichts dagegen, bei den vorliegenden EU-Plänen »Nachbesserungen beim Zertifikate-Handel«, übrigens ein marktwirtschaftliches Instrument, das sich zu einem lukrativen Geschäft entwickelt hat, zu verlangen. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass die Stahlunternehmen aus der Pflicht entlassen werden, ihre Forschungs- und die Innovationsanstrengungen zur weiteren Reduzierung des Kohlendioxid ausstoßes zu verstärken.

Auch der Verweis darauf, dass mit den EU-Plänen die »chinesischen Dreckschleudern« bevorzugt würden, zieht nicht, denn die Zeiten, in denen China wie Ende der 1980er Jahre stillgelegte Anlagen im Ruhrgebiet wie in Hattingen und Dortmund aufkaufte, demontieren und im eignen Land wieder aufbauen ließ, sind längst vorbei. Die

heute produzierenden Werke wurden von deutschen Maschinen- und Anlagenbauern in Asien neu errichtet.

Die Forderung nach »Anti-Dumping Zöllen« gegen China widerspricht zudem einer Politik, die sich auch den Beschäftigten der Automobilindustrie und Maschinenbau verpflichtet fühlt, die umgekehrt betroffen wären, wenn China als Gegenmaßnahme deren Marktzugang einschränken würde. Mit protektionistischen Maßnahmen werden Arbeitsplätze und Stahlstandorte nicht gesichert. Im Übrigen weist die EU-Kommission in ihrer Mitteilung »Die Stahlindustrie: Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Europa« (16.3.2016) darauf hin, »dass inzwischen schon insgesamt 37 handelspolitische Schutzmaßnahmen für Stahlerzeugnisse ergriffen worden seien, 16 davon beträfen Einfuhren aus China«.

Teil einer vorausschauenden Strategie wäre es, die Unternehmen darauf zu verpflichten, ihre Produktion noch mehr als bisher auf Spezialstähle auszurichten. Hier liegt die Zukunft, weniger im Massenstahl. Die EU-Kommission mahnte zuletzt im März erneut »gezielte Maßnahmen in Bereichen wie Handel, Innovation, Wettbewerb oder der Energieunion« an, was dazu beitragen könne, dass die Stahlindustrie auf der Grundlage von Innovation, Ressourceneffizienz, Modernisierung und Reformen konkurrenzfähig bleibe. Darüber hinaus sollte Druck gemacht werden für eine Wirtschafts- und Strukturpolitik, die entgegen der praktizierten Austeritätspolitik Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen wie beispielsweise Brückensanierungen und den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes fördert. Themen, die der Stahlindustrie neue Perspektiven eröffnen könnten.

Quelle: [https://www.wisstransfer.info/nc/unsere\\_themen/details/artikel/schreckenszenario-fuer-old-industry/](https://www.wisstransfer.info/nc/unsere_themen/details/artikel/schreckenszenario-fuer-old-industry/)